

#30TRANSFORMATION!

DIE EXTREME RECHTE IM OSTEN EUROPAS UND DEUTSCHLANDS

5. OKTOBER 2020
18 – 19.30 UHR
(ONLINETALK)

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

VERANSTALTUNGSBERICHT

In der Reihe #30Transformation! befassen wir uns mit unterschiedlichen Aspekten der Transformationsprozesse 30 Jahre nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa.

Das Projekt gegen Rechtsextremismus der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich der konkreten Frage gewidmet, ob die Jahre vor, um und nach 1989/1990 auch im Bereich der rechtsextremen Szene ihre Spuren hinterlassen haben. „In der DDR gab es keinen Rechtsextremismus!“ Per Definition durfte es das unter der antifaschistischen Flagge nicht geben. Doch wie sah die Realität aus? Unterscheidet sich der Rechtsextremismus postsowjetischer Länder von dem der westlichen Länder? Und welche Kontinuitäten und Brüche bezüglich der Entwicklungen in Ostmitteleuropa und Ostdeutschland sehen wir heute? Über all das diskutierten wir am Montag, dem 5. Oktober 2020, mit **Daniel Hegedűs**, Central Europe Fellow beim German Marshall Fund und **Dr. Harry Waibel**, Experte für Rechtsextremismus in der DDR und seine Kontinuitäten. Moderiert wurde das Online-Gespräch von **Franziska Schröter**, Projektleiterin gegen Rechtsextremismus der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Begriffe

Zum Anfang der Diskussion erläutern beide Experten, welche Begriffe und Konzepte sie für die Beschreibung von Rechtsextremismus verwenden. Für Waibel charakterisiert sich Rechtsextremismus demnach durch Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus.

IM GESPRÄCH:

DANIEL HEGEDŰS
Central Europe Fellow beim
German Marshall Fund

DR. HARRY WAIBEL
Experte für Rechtsextremismus in der
DDR und seine Kontinuitäten

MODERATION:

FRANZISKA SCHRÖTER
Projekt gegen Rechtsextremismus der
Friedrich-Ebert-Stiftung

ANSPRECHPARTNER_INNEN:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin:
Franziska Richter
& Franziska Schröter
Referat Mittel- und Osteuropa:
Kristin Linke
& Alexey Yusupov

ORGANISATION:

Forum Berlin
Katrin Breston-Ziehleke
forum.kbz@fes.de
Tel.: 030 26935 7311

Hegedüs spricht hingegen lieber von „Rechtsradikalismus“ statt Rechtsextremismus, da dies seiner Meinung nach ein weitgreifenderes Konzept sei, welches die Homogenität der Nation mystifiziert und der Freiheit und Offenheit einer liberalen Gesellschaft entgegenstehe. Gerade in Ostmitteleuropa lasse sich nach Hegedüs so der Rückfall der Demokratie besser erklären. Gleichzeitig hebt er hervor, dass „Ostmitteleuropa“ selbst auch nur ein konstruiertes Konzept sei, da zwischen den ehemaligen Sowjetischen Ländern in Ostmitteleuropa große Unterschiede zwischen den verschiedenen rechtsradikalen Strömungen bestünden. Dennoch unterstreichen beide Experten die Wichtigkeit eines Vergleichs zwischen Ostdeutschland und Ostmitteleuropa.

Rechtsextremismus in Ostdeutschland

Bei den Ursachen für Rechtsextremismus in Ostdeutschland und Ostmitteleuropa argumentieren die beiden Experten aus unterschiedlichen Perspektiven. Als Historiker hat Waibel dabei einen geschichtswissenschaftlichen Zugang zu seinen Erklärungsansätzen.

Demnach sei der Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor allem auf die nicht aufgearbeitete „Nazigeschichte“ der DDR zurückzuführen. So stellte die Geheimpolizei der DDR schon in den 50er Jahren



Antisemitismus in der Gesellschaft fest, veröffentlicht werden durfte dies aber nicht. Im Rahmen seiner Arbeit als Historiker hat Waibel außerdem 700 rassistisch motivierte Propaganda- und Gewalttaten in der DDR aufgedeckt. Als Beispiel nennt er das Pogrom gegen algerische Vertragsarbeiter 1975, bei welchem etwa 300 Jugendliche aus der DDR eine

Gruppe Algerier durch die Straßen Erfurts „jagten“. Dem folgten etliche Angriffe auf Wohnheime, in denen ausländische Arbeiter_innen untergebracht waren, bis hin zu rassistisch motivierten Morden. Diese und weitere Vorfälle wurden in der DDR aber weder offiziell untersucht noch aufgearbeitet oder verurteilt, sondern als allgemeine Kriminalität unter den Paragraphen der „Staatsverleumdung“, „Öffentlicher Herabwürdigung“ oder „Rowdytum“ festgehalten. Erst 1987, als die Zionskirche neben dem ehemaligen Polit-Büro der DDR in Ost-Berlin von Rechtsextremen mit antisemitischen Parolen gestürmt wurde, nahm die DDR den Kampf gegen Rechtsextremismus auf. Im Gegensatz dazu gab es laut Waibel im Westen Deutschlands keine Pogrome und der Rechtsextremismus konnte sich durch Parteien wie die NPD relativ offiziell organisieren und war dadurch sichtbarer. In der anschließenden Diskussion im Chat wurde allerdings darauf hingewiesen, dass es durchaus auch in der BRD vor 1989 rassistische Überfälle und Morde gegeben hätte, so wurde auf Überfälle auf Unterkünfte auch in Westdeutschland gegen Ende der 80er verwiesen.

Waibel sieht daher eine eigenständige Entwicklung des Rechtsextremismus der DDR. Seiner Meinung nach habe sich in der DDR völkisch-nationalistisches Gedankengut mit Kommunismus und Militarismus gemischt,

weshalb der nationalistische Gedanke heute noch ausgeprägter sei als im Westen Deutschlands. Ohne die Aufarbeitung der rassistisch motivierten Straftaten habe außerdem bei vielen Bürgerinnen und Bürgern kein Bewusstsein für die Ursache späterer rechtsextremer Strömungen in Ostdeutschland bestanden.

Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa

Hegedűs sieht im nationalistischen Gedankengut der DDR eine Parallele zu anderen ehemaligen Sowjet-dominierten Ländern, wo der Nationalismus eine Legitimationsrolle des politischen Systems innehatte. Da Deutschland sowie sein Verbündeter Ungarn allerdings als Verlierer des zweiten Weltkriegs hervorgingen, war Nationalismus als Legitimationsideologie in beiden Ländern weniger verbreitet als in anderen post-sowjetischen Ländern. Der Nationalismus Ungarns zeigt sich nach Hegedűs heute vor allem in der Konstruktion von Feindbildern und in der Ablehnung von Minderheiten.

Im Gegensatz zu Waibel führt er dies allerdings nicht auf unterdrückte rechte Gesinnungen während der Sowjetunion zurück, sondern macht aus seiner politikwissenschaftlichen Perspektive sogenannte „Transformationsschocks“ durch die Wende dafür verantwortlich. Die gleichzeitige Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems sowie die Deindustrialisierung und die Euroatlantische Integration hätten nach Hegedűs schlichtweg zu einer Überforderung der ostmitteleuropäischen Länder geführt. Im gleichen Zuge verweist auch er auf die Theorie der „Imitation“ nach Krastev & Holmes, die Kateřina Smejkalová, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag, bereits in der Auftaktveranstaltung unserer Veranstaltungsreihe *#30Transformation!* beleuchtet hatte. Demnach basierte die „Imitation“ des Westens durch den Osten auf einem idealisierten Bild des Westens, was zwangsläufig zu Enttäuschung führte. Gleichzeitig entfiel durch die „Imitation“ die Aushandlung der unterschiedlichen politischen Möglichkeiten, was laut

Hegedűs in Anlehnung an Ivan Krastev die Legitimation demokratischer Ordnung in Ostmitteleuropa bis heute nachhaltig untergräbt. Dies belegt er dadurch, dass die Ablehnung von Pluralismus in Ungarn Anfang bis Mitte der 90er Jahre nur eine Randerscheinung war und sich erst durch die Transformationsschocks im Laufe



der Jahre entwickelt hat. Für das Aufkommen von Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa sieht er demnach auch sozioökonomische Faktoren als entscheidend an.

Charakteristika

Während sich im Westen rechte Parteien vor allem durch ehemals Liberale gründen, charakterisiert sich der Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa nach Hegedűs durch einen ausgeprägten Nationalismus mit dem thos des „reinen Volkes“, Antisemitismus und Antiziganismus sowie durch ein schwaches Parteiensystem.

Hegedűs unterstreicht jedoch, dass gerade Rechtsradikale oftmals die besser organisierten Parteistrukturen und charismatischeren Führungskräfte hätten.

Waibel fügt dem hinzu, dass Rechtsextreme, die in der DDR im „Untergrund“ agiert hatten, nach der Wende auf organisierte rechte Kräfte der BRD trafen. Organisierter Neonazismus fand damit seinen Anschluss im Osten und äußert sich heute auch durch die Wahlerfolge der rechtspopulistischen AfD, die überwiegend im Osten Deutschlands zu verzeichnen sind. Wie auch in Ostmitteleuropa unterstreicht Waibel hierbei die klar hervorstechenden Führungskräfte der Partei.

Dass ökonomische Prozesse seit der Wende eine Rolle in der Entstehung von Rechtsextremismus gespielt haben, bestätigt Waibel. Dennoch plädiert er dafür, die Diskussion nicht auf ökonomische Prozesse zu reduzieren, da seiner Meinung nach die kulturellen Unterschiede zwischen post-sowjetischen und westlichen Gesellschaften nicht zu unterschätzen seien.

Vernetzung rechter Kräfte in Europa

Bei der Vernetzung rechter Kräfte in Europa sind sich Waibel und Hegedűs weitgehend einig: Die Subkulturen sind eng miteinander vernetzt und paramilitärische Netzwerke vorhanden. Zudem werden rechte Kräfte im Allgemeinen oft von Russland finanziell und organisatorisch unterstützt. Das Bedürfnis rechter Gruppen nach mehr Zusammenarbeit bestehe, gestalte sich aber auf EU-Ebene schwierig, da unter den drei Gruppen große Differenzen bestünden, so Hegedűs.

Die neuen rechtsextremen Strömungen in ganz Europa hinterfragt Hegedűs kritisch und führt diese in Ungarn auf angebotsgesteuerte Politik zurück, bei welcher rechte Einstellungen sich nicht aus der Gesellschaft herausbilden, sondern bewusst durch mediale Propaganda der politischen Eliten hervorgerufen werden. Demnach sei zum Beispiel die Fremdenfeindlichkeit in Ungarn immer dann gestiegen, wenn die Staatsgrenzen eigentlich geschlossen waren und dies durch mediale Propaganda legitimiert wurde. Der persönliche Abstieg seit den 90er Jahren werde gleichzeitig in dieses konstruierte Narrativ der Rechten eingebettet. Im Gegensatz dazu sieht Waibel das Verhältnis zwischen angebots- und nachfrageorientierter Politik der Rechten in Deutschland als dialektisch an.



Ausblick

Hegedűs steht der Entwicklung von Rechtsradikalismus und schwindender Demokratie in Ungarn nicht besonders optimistisch gegenüber. So habe es die Rechte geschafft, Anklang in die Mitte der Gesellschaft zu finden, was er als „*populist contagion*“ beschreibt. Parteien dürften sich nicht von rechten Inhalten lenken lassen, wenn man dieser Entwicklung entgegenwirken möchte.

Waibel ergänzt hierbei noch die Verschärfung der Situation durch die Covid19-Pandemie, welche bei vielen Menschen Verunsicherung hervorrufe, derer sich die illiberalen Kräfte schließlich bedienen.

Auch er plädiert dafür, sich von Rechten zu distanzieren und sich als Demokrat_innen zusammenzuschließen, um das politische System zu verteidigen.

Am Ende des Gesprächs stehen zwei unterschiedliche Erklärungsansätze für das Erstarken des Rechtsextremismus und doch ähnliche Vorstellungen davon, wie sich Demokratien verteidigen lassen: Keine Kooperation mit Rechtsradikalen und das entschlossene Eintreten für freiheitlich demokratische Werte und Rechte.



Ersteres wird immer wieder diskutiert, kritisiert, ausprobiert und international gibt es mittlerweile zahlreiche Beispiele aus der Praxis – egal ob man nach Nordeuropa schaut, nach Osteuropa oder auch nach Asien oder Lateinamerika. Zweiteres bleibt Aufgabe aller demokratischen Kräfte, wenn Demokratien dauerhaft gestalten und bestehen wollen. Dass dies keine Entweder-oder-Entscheidung ist, sondern ein Mit- und Nebeneinander, darin sind sich die Diskutierenden dann einig.